

A1

Antrag

Initiator*innen: Michael Albert (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein)

Titel: Die Grünen verlinken

Antragstext

1 Die Grünen sind eine politische Partei, die sich für Umweltschutz, soziale
2 Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden einsetzt. Unser Ziel ist es, eine
3 nachhaltige und gerechte Gesellschaft zu schaffen, in der die natürlichen
4 Lebensgrundlagen geschützt werden und alle Menschen die gleichen Chancen und
5 Rechte haben. Wir kämpfen gegen den Klimawandel, setzen uns für den Erhalt der
6 Biodiversität ein und fördern eine faire und solidarische Wirtschaft.

7 Aber die Grünen sollten sich als eine linke Partei positionieren, die sich
8 konsequent für soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und die Interessen der
9 Allgemeinheit einsetzt. Dies bedeutet, dass unsere Bundes- und
10 Landtagsabgeordneten*innen, wie den Linken¹, nur maximal 2.500 € netto besitzen
11 dürfen. Der überschüssige Betrag muss an NGOs wie Campact, Fridays for Future
12 und Greenpeace, an die Parteikasse (Die Grünen, Grüne Jugend) sowie als
13 Staatsspende gespendet werden. Dies stellt sicher, dass die Abgeordneten nicht
14 durch finanzielle Interessen beeinflusst werden und ihre Entscheidungen im
15 Einklang mit den Werten der Partei stehen.

16 Zudem soll es Abgeordneten verboten sein, Geld von Unternehmen im Rahmen des
17 Lobbyismus anzunehmen. Dies verhindert Interessenkonflikte und stellt sicher,
18 dass die politischen Entscheidungen transparent und im Sinne der Bürgerinnen und
19 Bürger getroffen werden. Ohne den Einfluss von Unternehmensspenden können die
20 Grünen unabhängiger agieren und sich stärker auf ihre Kernanliegen
21 konzentrieren, wie den Klimaschutz, die soziale Gerechtigkeit und die Förderung
22 nachhaltiger Entwicklung.

23 Wer gegen diese Regelungen verstößt, muss konsequent zurücktreten. Diese

24 Maßnahmen sind notwendig, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Integrität der
25 Partei zu stärken und sicherzustellen, dass die Grünen ihre Rolle als Vorkämpfer
26 für eine gerechtere und nachhaltigere Gesellschaft erfüllen können. Ein
27 konsequentes Vorgehen gegen Regelverstöße zeigt, dass die Partei ihre Prinzipien
28 ernst nimmt und bereit ist, ihre Mitglieder*innen zur Verantwortung zu ziehen.
29 Nur so können die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler
30 in die Partei langfristig gesichert werden.

31 Quelle:

32 1. [https://www.focus.de/politik/deutschland/linken-abgeordneter-will-nur-2500-](https://www.focus.de/politik/deutschland/linken-abgeordneter-will-nur-2500-euro-pro-monat-behalten-das-plant-er-mit-rest_4fb4f7a1-8a4a-42b0-98fc-93780c2cd368.html)
33 [euro-pro-monat-behalten-das-plant-er-mit-rest_4fb4f7a1-8a4a-42b0-98fc-](https://www.focus.de/politik/deutschland/linken-abgeordneter-will-nur-2500-euro-pro-monat-behalten-das-plant-er-mit-rest_4fb4f7a1-8a4a-42b0-98fc-93780c2cd368.html)
34 [93780c2cd368.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/linken-abgeordneter-will-nur-2500-euro-pro-monat-behalten-das-plant-er-mit-rest_4fb4f7a1-8a4a-42b0-98fc-93780c2cd368.html)

Begründung

Forderungen

- Landtags- und Bundestagsabgeordnete*innen dürfen maximal 2.500 € netto verdienen.
- Der Rest muss gespendet und versteuert werden.
- Kein Geld von anderen Unternehmen annehmen
- Bei Regelverstoß: sofortiger Rücktritt

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 23.03.2025)

Titel: Gegen jede Diskriminierung – Vielfalt sichern!

Antragstext

1 **Gegen jede Diskriminierung – Vielfalt sichern!**

2 Die Wahlergebnisse der Bundestagswahl, sowie die Entwicklung der letzten Jahre
3 haben gezeigt, dass rechtsextreme Kräfte immer weiter an Vorschub gewinnen. Auch
4 demokratische Parteien übernehmen zunehmend eine populistische und ausgrenzende
5 Sprache und Politik.

6 Gleichzeitig zeigen queerfeindliche Angriffe wie in Lübeck, die aktuellen
7 Umfragen und Studien zu Rassismus, Angriffe auf Organisationen wie die
8 SintiUnionSH, wie ernst die Lage auch bei uns in Schleswig-Holstein ist. Die
9 offene Gesellschaft und ihre Minderheiten leiden darunter, sie werden zur
10 Zielscheibe. Unser Bekenntnis zu Vielfalt und unsere Kampfansage gegen diese
11 Entwicklungen bleiben bestehen und sollen ausgeweitet werden.

12 **Gegen Diskriminierung vorgehen!**

13 Um die Entwicklungen zu stoppen, braucht es eine gesellschaftliche und
14 politische Offensive gegen Diskriminierung Konkret bedeutet dies für uns neue
15 Bündnisse zu schließen, die betroffenen Gruppen zu unterstützen und politische
16 Schritte zu unternehmen.

17 Die Bündnisse, die wir bisher geschlossen haben, müssen weiter erhalten bleiben.
18 Mit neuen Gruppen gewinnen wir weitere Perspektiven. Über Demonstrationen,
19 offene Briefe, Workshops und weiteren Aktivismus bauen wir hier öffentlichen
20 Druck auf, welcher Entwicklungen anstößt. Dazu gehört auch die Angriffe auf die

21 engagierte Zivilgesellschaft zu unterbinden und die Demokratieförderungen von
22 Landesseite auszuweiten.

23 **Für einen diskriminierungsfreien Verband!**

24 Während wir in der Gesellschaft diese Punkte in Angriff nehmen, müssen wir auch
25 selbstkritisch unseren Verband angehen. Diskriminierende Strukturen müssen wir
26 hier begegnen und diese auch als strukturelle Probleme erkennen.

27 Mit der Förderung von Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans und agender
28 Personen*, der Antirassismus Strategie, sowie unserer Bildungsarbeit setzen wir
29 hier an. Diese weiter zu fördern, insbesondere Veranstaltungen umzusetzen und
30 interne Awareness, sowie eine klare Kante mit Konsequenzen gegen Diskriminierung
31 bleiben die Aufgabe unseres Verbandes.

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 23.03.2025)

Titel: Jetzt geht's weiter: Verbandsarbeit im Fokus

Antragstext

1 Jetzt geht's weiter: Verbandsarbeit im Fokus

2 Die Reaktion auf die Austritte durch ZeitFürWasNeues, die zahlreichen
3 Neumitglieder und der Bundestagswahlkampf haben gezeigt, dass wir uns als
4 Verband weiterentwickeln. Die Mitgliederentwicklung hat einen ordentlichen Schub
5 bekommen, neue Kreisverbände haben sich gegründet bzw. sind gerade auf dem Weg
6 dahin.

7 Die Erfahrungen die wir an diesen Stellen gemacht haben, sind aber auch ein
8 klarer Auftrag für uns als Verband und den Landesvorstand daraus zu lernen und
9 unsere Verbandsarbeit weiterzuentwickeln. Dazu haben einige Mitglieder auf
10 unserer Landesmitgliederversammlung im Oktober Ideen und einen Antrag unter dem
11 Motto "WirBleiben SH" eingebracht, die nun umgesetzt werden sollen.

12 Insbesondere die in der Vergangenheit kritisierte Diskussionskultur, die
13 Einmischung in politische Prozesse, die Neumitgliedereinbindung und vieles
14 weitere werden dabei in den Fokus genommen.

15 Der Landesvorstand wird daher beauftragt...

- 16 • ...gemeinsam mit den Kreisverbänden die Neumitgliedereinbindung umzusetzen
17 und dabei vor allem nachhaltige Strukturen aufzubauen, welche auch
18 außerhalb von Wahlkämpfen aktiv bleiben und sind
- 19 • ...gemeinsam mit den Grünen SH jüngere Menschen als Zielgruppe wieder ins

20 Zentrum zu stellen und Mitglieder unter 28 Jahren, die noch nicht bei der
21 GJSH sind, für uns zu gewinnen

22 • ...landesweite Aktiventreffen und damit verbundene Diskussionsformate auf
23 den Weg zu bringen, welche für alle Mitglieder mit unterschiedlichsten
24 Perspektiven offen sind

25 • ...die Bildungsarbeit des Landesverbandes gemeinsam mit dem Bildungsteam
26 weiter zu fördern, dabei theoretische und praktische Bildung zu verbinden
27 und hier die Debatte im Verband zu stärken

28 • ...gemeinsam mit dem Social Media Team, eine neue Öffentlichkeitsstrategie
29 zu entwickeln und sowohl im Netz als auch in der Presse aktiver die Grüne
30 Jugend SH und unsere Ideen in den Fokus zu stellen

31 • ...die frühere Gruppe von GJ-Personen in der Kommunalpolitik zu reaktivieren
32 und dadurch einen Austausch sowie reale Veränderungen vor Ort
33 voranzubringen

34 • ...die alten wie neuen LAKen zu fördern und bei der Organisation dieser zu
35 unterstützen

36 • ...die Einmischung bei den Grünen und die Zusammenarbeit mit unseren GJ-
37 Abgeordneten fortzusetzen, sowie zu verstärken

38 • ...zur nächsten Landesmitgliederversammlung die Satzung weiter zu
39 aktualisieren und sie wie auf der LMV im Oktober 2024 beschrieben,
40 krisensicher zu gestalten

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 23.03.2025)

Titel: **Solidarität mit der demokratischen Opposition
in der Türkei!**

Antragstext

1 **Solidarität mit der demokratischen Opposition in der Türkei!**

2 Seit Jahren treibt der türkische Präsident Erdogan die Türkei in immer weitere
3 Unterdrückung und autokratische Verhältnisse. Korruption zum eigenen Machterhalt
4 wird gefördert, Kritiker*innen weggesperrt, im Inland mit Extremist*innen
5 koalitiert und international mit Terrorist*innen kooperiert.

6 Doch in der Türkei gibt es zahlreiche Menschen, die ein anderes Land wollen. Ein
7 Land, welches demokratisch und frei gestaltet werden soll. Diese erleben derzeit
8 einen erneuten Angriff. Mit der Festnahme und Absetzung von Ekrem Imamoglu,
9 Bürgermeister von Istanbul und Rivale von Erdogan, zeigt sich erneut, das wahre
10 Gesicht der autokratischen Regierung. Unsere Solidarität mit den
11 Demonstrierenden und Demokrat*innen in der Türkei muss ungebrochen bleiben.

12 **Konsequenzen**

13 Aus dieser Solidarität müssen klare politische Forderungen folgen, um den Druck
14 auf die Regierung auszuweiten und diese in die Schranken zu verweisen:

- 15 1. Gemeinsam mit den Grünen verurteilen wir diesen autokratischen Angriff
16 gegen die Opposition
- 17 2. Eine Regierung und ein Staat die so handeln können kein Teil der
18 Europäischen Union werden

- 19 3. Die alte und neue Bundesregierung muss diese Position gegenüber der
20 türkischen Regierung vertreten und klare Grenzen setzen
- 21 4. Gemeinsam mit der deutsch-türkischen Zivilgesellschaft unterstützen wir wo
22 wir können und müssen als Land politisch Verfolgten weiter Schutz bieten

A5

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 23.03.2025)

Titel: LAK Verkehrspolitik Gründung

Antragstext

1 **LAK Verkehrspolitik Gründung**

2 Der Landesvorstand wird damit beauftragt gemeinsam mit den Mitgliedern der
3 Vernetzungsgruppe "Bahnpolitik GJSH" einen neuen Landesarbeitskreis zum
4 übergeordneten Thema "Verkehrspolitik" zu gründen.

5 Der LAK soll auf der Grundlage dieser Gruppe aufgebaut werden und sowie die
6 bisherigen Arbeitskreise strukturiert werden, um am Ende ein weiteres Angebot
7 für die Mitglieder und inhaltliche Arbeit zu stellen.

Antrag

Initiator*innen: Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg)

Titel: **Starke Schulen, starke Demokratie –
Investitionen durch Koalitionsvertrag!**

Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein möge
2 beschließen, dass sie sich dafür einsetzt, dass die im Koalitionsvertrag der
3 schleswig-holsteinischen Landesregierung festgelegte Förderung der politischen
4 Bildung und Demokratieprojekte in Schulen konsequent umgesetzt wird. Die
5 geplanten Kürzungen in gesellschaftswissenschaftlichen Fächern (Geschichte,
6 Wirtschaft/Politik, Geografie und Weltkunde) und Stundenstreichungen gemäß OAPVO
7 sind umgehend zu überprüfen und ggf. auszusetzen. Darüber hinaus muss die im
8 Koalitionsvertrag festgelegte Unterstützung von Weiterbildungsmaßnahmen und
9 lebenslangem Lernen sowie die Förderung von Ausbildungsplätzen in
10 zukunftsträchtigen Branchen umgesetzt werden.

11
12 Die angekündigten Streichungen von Lehrkräftestellen, insbesondere im
13 Berufsschulbereich, sind zurückzunehmen. Es ist ein verbindlicher Plan zur
14 Lehrkräfteversorgung an Gemeinschafts- und Berufsschulen, Gymnasien und
15 Förderzentren zu entwickeln. Die im Koalitionsvertrag festgelegte Einführung und
16 Förderung digitaler Bildung in Schulen, Bereitstellung von digitalen Endgeräten
17 für Schüler*innen und Lehrkräfte sowie Ausbau der digitalen Infrastruktur müssen
18 umgesetzt werden. Die Einführung des Fachs Informatik in Gemeinschaftsschulen
19 darf nicht durch Umschichtung der Stunden aus den ästhetischen Fächern und Sport
20 erfolgen.

21 Stattdessen sollen die Gemeinschaftsschulen, wie im Koalitionsvertrag
22 geschrieben, über einen Beschluss der Schulkonferenz die Möglichkeit bekommen,
23 mehr Stunden für das Fach zur Verfügung stellen zu können.

24
25 Zudem muss die im Koalitionsvertrag festgelegte schulpsychologische Versorgung
26 landesweit ausgebaut werden, um den gestiegenen Anforderungen an die

27 psychosoziale Betreuung der Schüler*innen Rechnung zu tragen. Schließlich müssen
28 die im Koalitionsvertrag festgelegten Investitionen in die bauliche und
29 ausstattungstechnische Modernisierung der Schulen zielgerichtet umgesetzt
30 werden. Das bereits auf Bundesebene beschlossene Infrastruktur-Sondervermögen
31 soll dafür unter Anderem genutzt werden.

32
33 Die im Koalitionsvertrag festgelegte Ablehnung jeglicher Sparpolitik im
34 Bildungssektor und das Bekenntnis zu einer zukunftsorientierten Bildungspolitik
35 müssen konsequent umgesetzt werden. Es dürfen keine personellen oder
36 finanziellen Kürzungen im Bildungsbereich erfolgen. Weder in der schulischen
37 noch außerschulischen, politischen oder kulturellen Bildung.

38
39 Der Landesvorstand wird dazu aufgefordert, den Antrag beim Landesparteitag von
40 Bündnis 90/ Die Grünen Schleswig-Holstein am 05.04.2025 im Namen der GRÜNEN
41 JUGEND Schleswig-Holstein als Dringlichkeitsantrag einzubringen.

42 Bei Antragsstellung auf dem Landesparteitag ist der Name „GRÜNE JUGEND
43 Schleswig-Holstein“ im Text durch „BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein“ zu
44 ersetzen.

Begründung

Die Dringlichkeit dieses Antrags ergibt sich aus der Tatsache, dass der Landeshaushalt bereits vor dem nächsten Landesparteitag beschlossen werden soll. Nun hat sich durch die Grundgesetzänderung ein breiterer finanzieller Spielraum eröffnet, um in gute Bildungspolitik zu investieren. Weiterhin soll der Antrag erst durch die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND SH beschlossen werden. Ohne eine rasche Reaktion droht die Umsetzung der Sparpläne, die in vielen Bereichen des schleswig-holsteinischen Bildungswesens gravierende, langfristige Folgen haben würde – von der Demokratiebildung über die Unterrichtsqualität bis hin zur Lehrkräfteversorgung und -anwerbung.

Die aktuelle Bildungspolitik orientiert sich nicht am Koalitionsvertrag und gefährdet die notwendige Demokratiebildung in Zeiten zunehmender Polarisierung und extremistischer Wählerschaften. Eine zuverlässige Vermittlung demokratischer Werte und Prozesse ist unverzichtbar, damit Schüler*innen ein fundiertes Verständnis für politische Entscheidungsabläufe entwickeln und Radikalisierungsprozessen frühzeitig entgegengewirkt werden kann. Die Stundenreduktion gemäß OAPVO führt in Wirklichkeit zu einer Beschneidung der Unterrichtszeit, was eine Abwertung des Abiturs in Schleswig-Holstein nach sich ziehen könnte.

Die Einführung des Fachs Informatik darf nicht auf Kosten der ästhetischen Fächer und Sport erfolgen, da diese Fächer entscheidend zur Innovationsbereitschaft und Problemlösungskompetenz beitragen – Fähigkeiten, die heute in allen Bereichen benötigt werden. Die Streichung von Lehrkräftestellen, insbesondere im Berufsschulbereich, verschärft die ohnehin angespannte Personalsituation. Die Gemeinschaftsschulen haben die besondere Aufgabe der Inklusion und Integration, die nur bewältigt werden

kann, wenn ausreichend Lehrkräfte verfügbar sind.

Dafür werden mehr und nicht weniger Fachkräfte, auch in der psychologischen und sozialpädagogischen Betreuung der Schüler*innen benötigt.

Eine Sparpolitik im Bildungssektor ist ausdrücklich abzulehnen, denn nur durch ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen kann Schleswig-Holstein den hohen Bildungsansprüchen gerecht werden und eine zukunftsfähige, demokratisch stark verankerte Gesellschaft fördern. Spekulationen über mögliche personelle Wechsel im Bildungsministerium dürfen in diesem Zusammenhang nicht zu einer Blockade wichtiger Entscheidungen führen. Deshalb müssen alle Maßnahmen jetzt energisch vorangetrieben und ein Umdenken im Haushalt verankert werden.

D1

Antrag

Initiator*innen: Jasper Balke, Ocean Renner

Titel: **Betroffene ernst nehmen: MCS (Multiple Chemical Sensibility)**

Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Schleswig-Holstein setzt sich
2 für eine stärkere Sichtbarkeit für Betroffene von Multipler Chemikalien-
3 Sensitivität oder Vielfachen Chemikalienunverträglichkeit (kurz: MCS) ein.
4 Betroffene leiden unter dieser chronischen Multi-System-Erkrankung, die auf
5 Unverträglichkeiten durch vielfache, flüchtige Chemikalien wie Zigarettenrauch,
6 Duftstoffe oder Abgase zurückzuführen ist. Obwohl die Prävalenz in der Deutschen
7 Bevölkerung bei circa 5% liegt, ist das Krankheitsbild aufgrund der Vielzahl an
8 unspezifischen Symptomen in Bevölkerung und medizinischen Fachkreisen weitgehend
9 unbekannt. Die Grüne Jugend Schleswig-Holstein fordert daher:

- 10 • eine breite Informationsbasis für die Bevölkerung über Ursachen, Umgang und
11 Therapie von MCS in Gesundheitsämtern, umweltmedizinischen Ambulanzen und
12 Beratungsstellen
- 13 • die Erstellung eines Patient*innenleitfadens für Betroffene, um diese an die
14 richtigen Stellen im Gesundheitssystem zu vermitteln, sowie eine flächendeckende
15 umweltmedizinische Versorgung insbesondere für GKV Versicherte (Gesetzliche
16 Krankenversicherung)
- 17 • die ausreichende Sensibilisierung und Schulung von medizinischen Fachpersonal
18 insbesondere in der ambulanten Gesundheitsversorgung, um Fehldiagnosen und
19 falsche Psychologisierung der Betroffenen zu verhindern
- 20 • eine ausreichende Datengrundlage für wissenschaftliche Studien und Forschung

- 21 zu schaffen, um Pathomechanismen und Therapieansätze evidenzbasiert zu verstehen
22 • die Reduktion von potentiellen Auslösern im öffentlichen Raum durch
23 entsprechende Regelungen im Nichtraucher*innenschutzgesetz und weiteren
24 Verordnungen zur Reduktion von Abgasen und Chemikalien in die Umwelt
- 25 • die Stärkung der Rechte von MCS-Betroffenen im privaten Wohnumfeld über das
26 Mietrecht, sowie die Berücksichtigung der Betroffenen in der Schaffung von
27 Wohnraum für bestimmte Personengruppen
- 28 • die Berücksichtigung und vollumfängliche Anerkennung von MCS als Behinderung:
29 Betroffene haben ein Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft und ein möglichst
30 barrierefreies Umfeld. Sie sollen gleichberechtigt Bildung erfahren, einen Beruf
31 erlernen, arbeiten, wohnen, mobil sein, leben und sich in öffentlichen Räumen
32 aufhalten können.
- 33 • die Prüfung, ob das Merkzeichen 1.Kl im Schwerbehindertenausweis auf weitere
34 Behinderungen wie MCS (und andere Chronische Erkrankungen) ausgeweitet werden
35 kann, sodass die Belastung für Betroffene zumindest minimiert werden kann - der
36 öffentliche Nahverkehr ist für MCS-Betroffene oft eine große Herausforderung.

Begründung

erfolgt mündlich. Durch längeren Abstimmungsbedarf als Dringlichkeitsantrag formuliert.

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 23.03.2025)

Titel: „Für eine stabile Haltung & knallharte
Opposition“

Antragstext

1 **„Für eine stabile Haltung & knallharte Opposition“**

2 Die vorgezogene Bundestagswahl ist vorbei. Gemeinsam mit unserem Bundesverband
3 haben wir für unsere Werte & Ziele geworben und gestritten. Auch wenn das
4 Ergebnis das zweitbeste jemals ist, ist uns allen klar, dass mehr drin gewesen
5 wäre. Die Grünen werden im nächsten Bundestag in der Opposition zu einer
6 Schwarz-Roten Koalition unter einem Kanzler Merz stehen. Gleichzeitig ist eine
7 rechtsextreme Partei zweitstärkste Kraft geworden – eine klare Bedrohung für
8 unsere Demokratie und eine klare Aufgabe an uns.

9 **Die Grünen, die Opposition und wir**

10 Die Grünen haben im Wahlkampf versucht weiter in die Mitte des politischen
11 Spektrums zu rücken. Dabei haben wir gesehen, dass hier versucht wurde an
12 Stellen zu punkten, die inhaltlich und strategisch nicht richtig waren. Die
13 Fehler dabei sind offensichtlich gewesen. Für uns kann dies nur bedeuten,
14 innerhalb der Partei dafür zu streiten unsere gemeinsamen Werte in den
15 Mittelpunkt zu stellen. Gerade die Verluste an die Linkspartei– über 700.000
16 Stimmen– zeigen, dass wir neben vielen weiteren Themen im Kern der Partei um
17 soziale Fragen kämpfen müssen. Die wirtschaftliche Lage, die gestiegenen Kosten
18 und die Alltagsfragen der Menschen dürfen nicht nur in Programmen oder Anträgen
19 beantwortet werden, sondern müssen von grüner Politik offensiv gespielt werden,
20 um allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen und Extremist*innen keinen
21 Boden für ihre Ideologie zu geben.

22 Dabei muss das Ziel weiterhin sein, sich im politisch linken Lager nicht
23 gegenseitig Stimmen hin und her zu schicken, sondern grundlegend die Stärke zu
24 erweitern. Für andere Mehrheiten, jenseits von rechts-konservativer Politik und
25 belastenden Kompromissen.

26 In der Oppositionsrolle müssen wir die künftige Regierung genau an diesen
27 Punkten messen. Sie zu kontrollieren und sie zu kritisieren, wird für die
28 nächste Zeit der klare Fokus sein müssen. Diese Opposition muss klar machen,
29 dass die Zukunftsfragen jetzt entschieden werden. All dies darf nicht der AfD
30 überlassen werden. All dies muss konstruktiv, aber auch knallhart die Aufgabe der
31 Grünen und von uns sein.

32 **Wir machen Druck**

33 Um diese Ziele zu erreichen, braucht es uns. Nach den Austritten durch
34 „ZeitFürWasNeues“ und der angestrebten Abspaltung von der Partei, haben wir
35 jetzt eine riesige Chance. Diese haben wir bereits stark im Wahlkampf genutzt.
36 Diesen Weg müssen wir fortsetzen und im gleichen Zug unseren Verband
37 weiterentwickeln. Gemeinsam mit allen Mitgliedern, gemeinsam mit allen
38 Kreisverbänden und gemeinsam mit unserem Bundesverband lernen wir weiter daraus
39 und gehen in die Debatten rein.

40 Wir bleiben damit das Gewissen der Partei. Seien es im Thema Klima, Soziales,
41 Migration, Wirtschaft, Internationales, Vielfalt, Bildung oder vielen mehr.
42 Jedes Mal, wenn wir gemeinsame Ziele haben, sind wir an der Stelle. Jedes Mal,
43 wenn die Partei Fehler begeht, sind wir bereit dazu das Korrektiv zu sein. Als
44 Landesverband mit einer Schwarz-Grünen Regierung wissen wir, dass dies keine
45 einfache Aufgabe ist, aber sie ist machbar und sie ist nötig.

46 **Schwarz-Rot knallharte Opposition zeigen**

47 Während die Verhandlungen in Berlin laufen und Merz' Wahlversprechen an der
48 Realität scheitern, sehen wir, dass die nächste Koalition in vielen Bereichen
49 keine stabile Politik machen wird. Das Sondierungspapier zeigt bereits, dass
50 sozialen Themen die kalte Schulter gezeigt wird, immer weitere Verschärfungen in
51 der Migrationspolitik kommen werden und die Erhaltung unserer Lebensgrundlage
52 nicht garantiert werden wird. All dies passiert, ohne die Alltagsorgen der
53 Menschen zu lösen. Ohne Gerechtigkeit zu schaffen. Ohne den Herausforderungen zu
54 begegnen.

55 Eine Regierung, die so handelt, setzt viel aufs Spiel. Die erstarkte AfD bringt
56 sich in Stellung, um spätestens 2029 stärkste politische Kraft zu werden. Wer

57 dies aufhalten will, der darf so eine Politik nicht akzeptieren, sondern muss
58 durch Druck und eigene Vorschläge die Probleme lösen. Auf uns wird genau an der
59 Stelle Verlass sein.

60 **Schwarz-Grün in Schleswig-Holstein - wie gehts weiter?**

61 Bevor diese Regierung im Amt ist, wurde gemeinsam mit den Grünen die Lockerung
62 der Schuldenbremse und neue Investitionen beschlossen. Diese sind auch für ins
63 in SH entscheidend. Wir haben dafür jahrelang gestritten, damit wir endlich in
64 die Zukunft investieren können. Jetzt wird es darum gehen, dass dieses Geld vor
65 Ort ankommt. Dafür werden wir neben der Bundesregierung auch die Landesregierung
66 in die Verantwortung nehmen müssen. Dieses zusätzliche Geld und die Möglichkeit
67 der Neuverschuldung werden wir dafür nutzen müssen, um den Kürzungsdruck endlich
68 in die Schranken zu weisen und großflächig zu investieren.

69 Gleichzeitig stehen in den nächsten Jahren Regierungszeit zahlreiche
70 Herausforderungen an. Sei es Bildung, Klimatransformation, Investitionen oder
71 Soziales. Unzähliges ist in der Verantwortung der Bundesländer und der Kommunen.
72 Im Schwarz-Grünen Koalitionsvertrag stehen Punkte, die auch wir verhandelt
73 haben. Diese umzusetzen braucht unseren Druck und jene die von konservativer
74 Seite gegen unsere Vorstellungen gehen umso mehr. Gemeinsam mit der
75 Landtagsfraktion, unseren Bündnispartner*innen und vielen weiteren müssen wir
76 daran und darüber hinausarbeiten.

77 **Welt im Chaos? Klare Haltung bei uns!**

78 All diese Punkte stehen im Kontext der aktuellen Entwicklungen. Wir befinden uns
79 im 4. Jahr des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Wir sehen, dass
80 weltweit Konflikte unzähligen Menschen das Leben kosten. Wir haben es mit einem
81 erneuten Präsidenten Trump zu tun, mit Angriffen auf unsere Werte und mit einem
82 weltweiten Rechtsruck. Unsere Antwort darauf ist neben einer stabilen Politik
83 vor Ort und im ganzen Land: Europa.

84 Wir bleiben nicht nur pro-europäisch, sondern müssen uns aktiv dafür einsetzen
85 Europa zu stärken und weiterzuentwickeln. Nur gemeinsam können wir diese
86 Entwicklungen stoppen und für eine freie sowie friedliche Welt streiten.

87 Als Landesverband sorgen wir dafür, das Schleswig-Holstein hier ein Vorbild ist
88 und diese Ziele umsetzt und dafür gegenüber der neuen Bundesregierung
89 einsteht. Dies bedeutet eben auch, dass wir solidarisch bleiben und die
90 zahlreichen Freiheitskämpfe aktiv unterstützen und dabei in unsere eigene
91 Sicherheit investieren. Der internationale Kampf gegen Autokratie und Faschismus

92 ist eine der zentralen Aufgaben, der wir gerecht werden müssen.